Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 39 (1945)
Heft: 11

Rubrik: Zur schweizerischen Lage

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur ſchweizeriſchen Lage

6. November 1945.

Das ſchweizeriſche Vordergrundsthema bleibt, ob das auch einigen Leuten langweilig vorkommt, denen das Neue und Intereſſante wichtiger iſt als das Wahre und Notwendige, Paſtete wichtiger als Brot, die neue Einordnung der Schweiz in das ſich erneuernde Völkerleben, mit dem Problem der Exiſtenz und Zukunft einer lebendigen und ihrer Berufung entſprechenden Schweiz im Hintergrund. Daß dieſes Thema immer ſtärker die Gemüter bewegt und in dieſer Beziehung ein gewiſſes Erwachen ſtattfindet, wenn auch ein langſames und vorerſt nur ſporadiſches, ſcheint mir unbeſtreitbar. Die Frage iſt bloß, ob es nicht allzu langſam vor ſich geht und dadurch zu ſpät kommt.

Der Bundesrat hat, dieſer Entwicklung nachgebend, nun jene ſogenannte *Expertenkommiſſion* gewählt, welche das ganze Problem für die Entſchließung des Bundesrates und die Verhandlungen der Bundesverſammlung vorbereiten ſoll. Sie ſoll auch den Schein erregen, daß der Bundesrat ſich in demokratiſcher Weiſe auf die Meinung unſeres Volkes ſtützen wolle. Aber das iſt, wie ſo Vieles unter uns, unwahr. Denn die Wahl der Mitglieder dieſer zwanzigköpfigen Expertenkommiſſion iſt durch den Bundesrat ſelber erfolgt, und er hat ſie ſo getroffen, wie ich es in meiner letzten Erörterung der ſchweizeriſchen Lage vorausgeſagt habe: er hat halt faſt ausnahmslos Perſönlichkeiten ausgewählt, von denen er ſicher ſein kann, daß ſie auf den offiziellen Kreideſtrich gebannt ſein werden. Ich habe auf dieſer Liſte einen einzigen Mann entdeckt, von dem eine Oppoſition zu erwarten iſt, Nationalrat Albert Maag-Socin, den Präſidenten der demokratiſchen Partei, die man nicht gut weglaſſen konnte, und der als einer unter zwanzig das Spiel ja nicht verderben kann.

Für den Geiſt, in dem dieſe geſiebte Auswahl getroffen worden iſt, und für das ganze Syſtem, das uns gemäßigt diktatoriſch beherrſcht, iſt *eine* Tatſache kennzeichnend: die radikale Friedensbewegung, die in der Organiſation des RUP (Rassemblement Universel pour la Paix = Weltaktion für den Frieden) zuſammengeſchloſſen iſt, hatte ausdrücklich verlangt, daß auch ſie in dieſer Kommiſſion vertreten ſei. Es wurde ihr geantwortet, daß man der Völkerbundsvereinigung, die ja die gleichen Ziele erſtrebe, eine Vertretung gewähren werde. Das iſt für jeden Kenner der Sachlage ein Hohn. Denn zwiſchen der (einige nicht zur Geltung kommende Ausnahmen, wie etwa Prof. Egger, abgerechnet) völlig gouvernemental eingeſtellten Völkerbundsvereinigung und der Leitung des R U P beſteht ſeit langem ein ſcharfer Gegenſatz. Dabei iſt zweierlei Tatſache: Die Haltung des R U P iſt keineswegs überradikal oder „extremiſtiſch". Sein Programm: „Die Schweiz im Kampf

um den Frieden" (das ich abermals ſehr empfehlen möchte)[1]) enthält das Minimum deſſen, was eine ſchweizeriſche Friedensbewegung, die dieſen Namen verdient, ausſprechen und fordern muß. Sodann: dieſe Arbeitsgemeinſchaft hat in den vergangenen Jahren als Ganzes und in ihrer einzelnen Teilorganiſation einzig etwas Ernſthaftes getan. Sie hat allein der Sache des Friedens und im Zuſammenhang damit der Lage und Zukunft der Schweiz eine entſchloſſene und gründliche Arbeit gewidmet. Sie hat früh die Probleme herausgearbeitet und geklärt, deren Bedeutung jetzt nach und nach ſogar unſerer Offizialität aufgeht. Aber gerade ſie wird ignoriert, weil man fürchtet, daß ſie die offiziellen Zirkel ſtören könnte. Sie repräſentiert ihrer Haltung und Geſinnung nach einen großen Teil unſeres Volkes, aber dieſer Teil exiſtiert für die Berechnungen unſerer Regenten und Diktatoren nicht.[2])

Damit aber tritt bloß eine Tatſache wieder ans Licht, die ſchon lange beſteht: *Wir ſind Ausgebürgerte* — wir Vertreter einer ernſthaften Oppoſition gegen das herrſchende Syſtem. Wir zählen nicht. Wir dürfen wohl Steuern zahlen und Militärdienſt tun (wehe, wenn wir ihn verweigern!), aber alles, was wir im Dienſte der Schweiz geleiſtet haben und leiſten, wird ignoriert, oder auch (das gilt für die Zeit der Militärdiktatur) nach Möglichkeit verhindert. Nirgends werden wir zur Mitarbeit zugezogen, auch da nicht, wo wir im höchſten Grade kompetent wären. Ich ſage das nicht im Sinne einer oratio pro domo. Ich ſelbſt käme ja nicht mehr in Betracht und begehre nicht noch mehr Arbeit, als ich habe — im Gegenteil viel weniger! —, aber ich ſtelle eine Tatſache feſt, die eine Schande mehr für unſer Land und Volk iſt und ihm zum ſchwerſten Schaden gereicht. Denn nichts hat die heutige Schweiz nötiger, als eine ernſthafte und lauter geſinnte Oppoſition.

Eine Begleitmuſik zu dieſem Verhalten des Bundesrates, ſpeziell des Auswärtigen Amtes, bildete der *Parteitag der Freiſinnigen*, der kürzlich in Baſel ſtattfand. Es ſei nebenbei erwähnt — das gehört ja auch dazu —, daß der Hauptreferent über die Lage der Schweiz, wie ſie ſich in der Rückſchau auf die Kriegszeit darſtelle, *Bretſcher*, Chefredaktor der „Neuen Zürcher Zeitung", wieder einmal das Lied von der makelloſen Bewahrung der Neutralität und demokratiſchen Unabhängigkeit der Schweiz während der Kriegszeit anſtimmte und ſich mit Empörung gegen den Vorwurf der „faſchiſtiſchen Politik" wandte, die ſie getrieben habe. Dazu iſt zweierlei zu bemerken. Einmal: Man muß ſich darüber klar ſein, was das Schlagwort „profaſchiſtiſch" im Munde derer bedeutet, die dieſen Vorwurf erheben. Es iſt der Stil der

---

[1]) Es iſt in der „Pazifiſtiſchen Bücherſtube" (Gartenhofſtraße 7, Zürich 4) für 50 Rappen zu haben.

[2]) Es ſind dem RUP. zwanzig größere und kleinere Organiſationen angeſchloſſen.

Kommuniſten, daß ſie den Nationalſozialismus und den Faſchismus im engeren Sinne unter dem Begriff des Faſchismus zuſammenfaſſen und auch die ganze Reaktion dazunehmen. Ich halte perſönlich dieſe Abkürzung nicht für richtig, ſondern unterſcheide konſequent zwiſchen dem Faſchismus mit der Abſolutierung (oder Vergottung) des *Staates* und dem Nationalſozialismus mit der Abſolutierung (oder Vergottung) des *Volkes*. Aber man muß loyalerweiſe den Vorwurf des „Profaſchismus" ſo verſtehen, wie er gemeint iſt, wenn man ihn widerlegen will. Welcher Ehrliche kann dann leugnen, daß die offizielle Politik der Schweiz während einer ganzen Periode gut „profaſchiſtiſch" geweſen iſt? Es iſt ſodann beſonders intereſſant, daß gerade der Chefredaktor der „Neuen Zürcher Zeitung" das zu leugnen wagt. Weiß er denn gar nichts mehr davon, wie die „Neue Zürcher Zeitung", die in allem Weſentlichen ſtets die offizielle und gouvernementale Linie der ſchweizeriſchen Politik repräſentiert, in Verherrlichung Muſſolinis gemacht hat, ſolange das möglich war und jener für den Geldſack eine Verheißung zu bedeuten ſchien? Wie lange noch wird man ſich noch ſolches Vergeſſen erlauben dürfen?

Es hat dann der Chef des Auswärtigen, Bundesrat *Petit-Pierre*, ſelbſt das Wort ergriffen, um ſich beſonders auch über die Frage des Anſchluſſes an die Weltföderation und das Problem der Neutralität zu äußern. Er hat in dieſer Beziehung zwei Behauptungen getan, die man unter die Lupe nehmen muß. Er hat für die Beibehaltung der Neutralität, und zwar natürlich der „integralen" und „bewaffneten", den Ladenhüter vorgeführt, daß ſie allein der Schweiz erlaube, im Falle eines Krieges alle jene Dienſte zu leiſten, die man mit dem Stichwort „Rotkreuz" bezeichnen kann. Er hat aber, als bisher meines Wiſſens noch nie vorgebrachtes Argument, hinzugefügt, dieſe Art von Neutralität der Schweiz ſei ſeit 1815 ein Beſtandteil des Völkerrechtes und dieſes für uns verbindlich.

Was iſt zu dieſen beiden Behauptungen zu ſagen?

Zur erſten iſt zu ſagen, was ich ſchon im vorletzten Hefte ausgeführt habe: Sie rechnet mit einer völlig fiktiven Lage. Wenn es zu einem neuen Weltkrieg käme, der nach menſchlichem Ermeſſen nur einer zwiſchen den Angelſachſen und Rußland ſein könnte, was bedeutete er für die Welt und für die Schweiz — was bedeutete er im Zeichen der Atombombe? Doch ganz ſicher — darüber kann es bei Verſtändigen und Ehrlichen gar keinen Zweifel geben — den Untergang Europas und der Schweiz in einer blutigen Hölle. Wie könnte da noch von Rotkreuzarbeit und ähnlichem die Rede ſein? Wie könnte die Schweiz durch Neutralität vor dem allgemeinen Schickſal Europas (und ſogar der Welt) bewahrt werden?

Es iſt verhängnisvoll, wenn man, und dies im Namen einer ſogenannten Realpolitik gegen Utopie und Schwärmerei, ſich in der Fik-

tion einer Lage bewegt, die vollkommen verſchwunden iſt, ſich im utopiſchen Bilde einer Vergangenheit verliert, in der die Schweiz, Gewehr bei Fuß, dabei viel Geld verdienend, in den Weltbrand ſchauen durfte, und meint, dieſe Lage würde zum dritten Male wiederkehren, wenn wir nur das Zaubermittel unſerer Neutralität bewahrten. Zu dieſer Utopie gehört auch die Meinung, daß die neutrale Schweiz als „Hüterin der Alpenpäſſe" eine wichtige Rolle zu ſpielen hätte. Abgeſehen davon, daß dafür keine Neutralität nötig wäre und daß andere dieſe Hut wohl viel beſſer beſorgen könnten als die Schweiz — was in aller Welt hätten in der neuen Lage dieſe Alpenpäſſe noch militäriſch und politiſch zu bedeuten? Wollen wir denn wirklich fortfahren, uns mit Fiktionen und Phantomen zu nähren?

Noch faſt haltloſer aber iſt das Argument von der Neutralität der Schweiz als eines Beſtandteiles des Völkerrechtes. Kennt denn Bundesrat Petit-Pierre als Juriſt nicht das alte Rechtsprinzip, daß Verträge nur gelten unter der Bedingung des Rebus sic stantibus, das heißt ſolange die Bedingungen, unter denen ſie entſtanden ſind, andauern? Die Bedingungen, unter denen die „ewige Neutralität" der Schweiz entſtanden iſt, ſind aber ebenſo verſchwunden wie die Bedingungen, unter denen einſt der „ewige Bund" mit Frankreich entſtanden war. Die Weltföderation hebt ſelbſtverſtändlich die Neutralität auf. Jene Mächte, welche einſt der Schweiz die Neutralität verbürgten (ein Teil von ihnen exiſtiert übrigens nicht mehr), werden ſchwerlich Luſt haben, eine Schweiz, welche die ſehr viel ſolidere, ihr durch die Teilnahme an der Welt-Sicherheitsorganiſation angebotene Garantie ihrer Unabhängigkeit verſchmäht, außerhalb derſelben eine ſolche zu leiſten. Uebrigens haben ſie ſchon bei der Gründung des erſten Völkerbundes der Schweiz nur ſehr ungern die Neutralität gewährt, und zwar nicht eine „integrale", ſondern bloß eine „differenzierte", und damit gezeigt, daß es ihnen zuletzt in den Sinn käme, dagegen zu reklamieren, wenn die Schweiz dieſe einſtige Neutralität aufgäbe.

Es iſt erſchreckend, zu beobachten, auf was für unſolide, weit hergeholte Argumente die offiziellen Leiter der ſchweizeriſchen Geſchicke ſich ſtützen, um der Wahrheit und Wirklichkeit zu entgehen.[1])

Es iſt ganz klar, wohin unſre offizielle Politik ſteuert: Man ſieht ein, daß wir, beſonders aus wirtſchaftlichen Gründen, um den Anſchluß an die neue Weltföderation nicht herumkommen, aber man möchte mit dem ganzen Neutralitätsgepäck durch deren Tore einziehen, vor allem und vor allem mit der *„bewaffneten"* Neutralität. Denn die Erhaltung

[1]) Eine ſolche weithergeholte und übrigens ebenſo haltloſe Begründung für die Beibehaltung unſerer Neutralität gibt Dr. *Gaſſer* in der „Nationalzeitung" zum beſten, indem er das Vetorecht der fünf Großmächte im Sicherheitsrat des neuen Völkerbundes als „Neutralität" bezeichnet, was doch nichts iſt als eine künſtliche Verdrehung des Sachverhaltes zugunſten unſeres ſchweizeriſchen Götzen. Aber ihr Autor wird über ſeinen Fund nicht wenig erbaut ſein.

der Armee und, wenn möglich die Verſtärkung unſeres ganzen Militärſyſtems, iſt das zwar unausgeſprochene, aber ſtärkſte Motiv des Kampfes gegen die Preisgabe der ganz wertlos und ſinnlos gewordenen Neutralität.

Aber ob man uns erlauben wird, dieſes Gepäck mitzubringen? Es iſt wenig wahrſcheinlich. Und dann? Wie ſtehen wir dann da? Werden wir iſoliert bleiben und in dieſer Iſolierung zugrundegehen oder halt gedemütigt ohne jenes Gepäck doch um Einlaß bitten?

Wozu ich noch eins bemerke: Viele Schweizer fürchten, daß im Falle des Beitritts zu dem neuen Völkerbunde ſchweizeriſche Soldaten genötigt wären, in einen Krieg einzugreifen und Partei zu nehmen, wovor uns die Neutralität ſchützte. Aber auch das iſt Denken von einem ganz überholten Standpunkt aus. Abgeſehen davon, wie wenig wahrſcheinlich es iſt, daß die Föderation von uns militäriſche Mitwirkung verlangte — die wird man uns gewiß gerne erlaſſen, ſie iſt ja von vornherein Sache der Großmächte — kann es ja auf Grund des neuen Paktes einen Völkerbundskrieg gegen eine der Großmächte gar nicht geben, ein anderer aber kommt erſt recht nicht in Betracht, und erforderte, wenn er doch käme, ſicher nicht die Mitwirkung der Schweiz.

Kurz, es bleibt immer nur das Eine übrig: Jene Ueberwindung des Krieges, für welche, ſoweit Politik in Frage kommt, die Schaffung einer Weltföderation des Rechtes und Friedens entſcheidend iſt. *Dafür* einzutreten und dazu durch unſeren Anſchluß an die neue Eidgenoſſenſchaft der Völker mitzuwirken, iſt jetzt, auf *dieſer* Linie, die einzige Verteidigung der Schweiz, welche Sinn und Verheißung hat, jeder andere Weg aber einer in Verderben und Untergang.[1])

* * *

Vor dieſer ſonnenklaren Wahrheit verſchließt unſer in der Aera Wille-Hoffmann entſtandener Duodez-Militarismus mit Erbitterung die Augen. Er iſt entſchloſſen, nicht nur die Armee beizubehalten, ſondern auch die Militariſierung der Schweiz, die das Offiziersbuch proklamiert und die von keiner Inſtanz dementiert worden iſt, fortzuſetzen. Das ſoll freilich mit etwas größerer Vorſicht geſchehen, als das Pronunciamento des Oberſten Holliger bewieſen hat. Aber man ſcheut ſich doch nicht, mit Maßregeln und Forderungen herauszutreten, welche jedem Friedensglauben ins Geſicht ſchlagen. Man unterläßt zwar für das Jahr 1946 die Wiederholungskurſe, um die militärfreundliche Stimmung des Volkes (die man vorausſetzt) nicht zu ſtören, aber für 1947 will man ſie „*unter allen Umſtänden*“ wieder aufnehmen — unter

[1]) Eine eingehende, alle weſentlichen Seiten des Problems berückſichtigende Behandlung des ganzen *Neutralitätsproblems* bietet die von der „Zentralſtelle für Friedensarbeit“ herausgegebene Flugſchrift: „*Neutralität oder Solidarität?*“, die von der Pazifiſtiſchen Bücherſtube“ (Gartenhofſtraße 7, Zürich 4) zu beziehen iſt. (Preis 25 Rappen.)

allen Umſtänden, alſo auch, wenn inzwiſchen die Sache des Friedens große und deutliche Fortſchritte gemacht hätte. Denn an dieſe Sache glaubt man ja nicht und will man nicht glauben. Aber es wird dafür geſorgt, daß auch in dieſer „Schaltpauſe" die Militariſierung nicht zu kurz kommt. Und der Schießkultus, der praktiſch mehr bedeutet als der „Gottesdienſt" unſerer Kirchen, wird mit Eifer weiter gepflegt. Ebenſo der erſchlichene militäriſche Vorunterricht. Von „Haus und Heer" aus wird eine Organiſation für „nationale Erziehung" gegründet, die ohne Zweifel eine Erziehung zum Militärpatriotismus ſein ſoll. Und endlich tritt man mit einem Militärbudget für 1946 (alſo das Jahr ohne Wiederholungskurſe) hervor, das nominell 265 Millionen Franken beträgt, aber mit den wahrſcheinlichen Nachträgen und mit den ebenſo wahrſcheinlichen verdeckten, in andern Rubriken des allgemeinen Budgets untergebrachten Poſten wohl auf mindeſtens 300 Millionen anſteigen wird.[1]) Dieſe nicht nur wertloſen und ſinnloſen, ſondern ſchädlichen, ja verderblichen Ausgaben betragen dreimal die 100 Millionen, die man vorläufig für die Alten ausgeben will. Und nun ſchlage man die Bibel auf und erfahre, was dieſe über eine ſolche Proportion denkt. Dann bedenke man, daß dieſes Militärbudget bei einem Vollbetrieb der Militärmaſchinerie bald auf 400 und mehr Millionen anſteigen müßte, und frage ſich, was dann für die ſoziale Fürſorge übrig bleibt. Aber auch ganz abgeſehen davon: *dieſes geſteigerte Militärbudget nach den Weltkriegen und nach der Gründung des neuen Völkerbundes iſt eine direkte Herausforderung der ewigen Mächte.*[2])

Nochmals: Es gibt nur *eine* Verteidigung der Schweiz (auf dieſer politiſchen Linie): die Ueberwindung des Krieges und die Aufhebung der Heere.

Beſonders weit geht wieder in der Verkennung unſerer Lage unſer Kriegsminiſter *Kobelt*, der offenbar den Wortſinn ſeines Amtes: „Diener des Krieges" zu ſein, rechtfertigen will. Er warnt in einer Bankettrede des freiſinnigen Parteitages davor, daß wir etwa unſer Militärweſen vernachläſſigen wollten. Denn es drohten uns immer noch Gefahren. Das iſt ſo der übliche Popanz, mit dem man uns erſchrecken und unſer Militärſyſtem retten will, trotzdem es allen Sinn verloren hat. Ich frage: Welche Gefahren ſind das wohl? Es kann nur zweierlei gemeint ſein: Jener neue Weltkrieg, der der Angelſachſen gegen Rußland (an dem wohl viele unſerer Reaktionäre Freude hätten) oder revo-

---

[1]) Das hat ſich als Irrtum erwieſen. Man hat anfänglich wohl von 265 Millionen geredet, wahrſcheinlich, um nicht kopfſcheu zu machen, aber nun gibt man zu, daß es faſt eine Milliarde (950 Millionen) beträgt, alſo zehnmal mehr als die Altersrenten.

[2]) Die Schweizeriſche Offiziersgeſellſchaft hat neuerdings die Pflicht zur militäriſchen Rüſtung durch eine Erklärung akzentuieren zu ſollen für nötig gehalten. Sie iſt immerhin etwas zurückhaltender im Tone, als das noch vor kurzem der Fall geweſen wäre und will ſogar freie Diskuſſion der „Armeereform" nicht ablehnen.

lutionäre Zuckungen in Deutſchland, welche etwa Wellen über unſere Grenzen zu werfen drohten. Im zweiten Falle genügte zur Abwehr ein etwas erweitertes Polizeikorps, gegen das auch wir nichts einwenden (vgl. „Der Kampf der Schweiz um den Frieden" (S. 21 ff.), im erſten aber rettete uns wahrhaftig unſer Heer nicht vor dem ſchweizeriſchen Untergang im allgemeinen Untergang Europas und der Welt.

Die Tatſache der *Atombombe* iſt an dieſem Parteitag unſeres herrſchenden Syſtems ebenſo hartnäckig ignoriert worden wie an dem der Katholiſch-Konſervativen.

Noch einmal: Es bleibt für jeden, der nachdenken kann und will, nur ein Entweder — Oder übrig: Entweder Abſchaffung des Krieges und des Militärs (im bisherigen Sinne) oder ſicherer Untergang in einer neuen und endgültigen Weltkataſtrophe.[1])

* * *

---

[1]) Inzwiſchen iſt unſer von einer Demonſtration zur andern reiſender Ex-*General* wieder mit einer neuen, der am Zürcher Knabenſchießen gleichgearteten, Aeußerung hervorgetreten. Bei Anlaß einer Feier für unſere während des Aktiv- (oder auch Nicht-Aktiv-) Dienſtes verſtorbenen Soldaten (eine ſolche Feier müſſen wir natürlich auch haben — wird auch der „unbekannte Soldat" drankommen?) hat zwar *Guiſan* erklärt: „Auch heute noch müſſen wir wachſam und bereit ſein. Die Schweiz muß eine ſtarke, kriegsgeübte (!) Landesverteidigung bewahren. Niemand weiß, was morgen ſein wird."

Zur Beruhigung wirtſchaftlich-ſozialer Bedenken fügt er hinzu: „Nachdem wir verſchont geblieben ſind, wollen wir uns eine beſſere ſoziale Gerechtigkeit geben, die verſchiedenen Intereſſen beſſer in Einklang (!) bringen."

Dazu iſt Zweierlei feſtzuſtellen.

Einmal: Wieder weiß Herr Guiſan nichts davon, wer in Wirklichkeit die Schweiz gerettet hat; er und die Armee haben es getan, ganz allein!

Sodann: Die Tatſache der *Atombombe* ſcheint er ebenfalls nicht zu kennen.

Schließlich äußert er den Wunſch, daß die Soldaten des Aktivdienſtes, ſich auch im Frieden als die Elite des Volkes bewähren möchten.

Dieſer Wunſch grenzt ſchon ganz nahe an den „totalen Soldaten" des Oberſten Däniker und des Berner Profeſſors Schuhmacher. Was in aller Welt ſollte die Soldaten zu Elitebürgern und das heißt Elitemenſchen gemacht haben? Etwa das Strammſtehen?

Zu den andern Erklärungen aber iſt zu bemerken:

Was die „ſoziale Gerechtigkeit" in einer Schweiz, die nach dem Guiſan gewidmeten und von ihm angenommenen Offiziersbuche verwaltet würde, bedeutete, kann ſich jeder an den Fingern abzählen. Der Satz: „Niemand weiß, was morgen ſein wird", iſt entweder eine Banalität, mit der man nichts und alles anfangen kann, oder es iſt jener anglo-ruſſiſche Krieg gemeint, mit der unſere Reaktion rechnet und auf den ſie hofft. Zur Reaktion aber gehört Guiſan noch ſeiner ganzen Herkunft und Vergangenheit. Eine gewiſſe patriarchaliſche Volkstümlichkeit widerſpricht dem nicht.

Auf dieſe Tatſache dürften die ſozialiſtiſchen Verehrer Guiſans etwas mehr achten. Das Eingreifen Guiſans zugunſten des Oberſten Maſſon iſt doch wohl eine Aufforderung, gewiſſe Hintergründe unſeres Militarismus gehörig aufzuhellen. Es könnte ſich da leicht ein ſehr gefährlicher *Mythus* gebildet haben.

Die Einſicht in dieſen Sachverhalt wächſt, wie ich ſchon angedeutet habe, auch in der Schweiz. Die Aktien der *Friedensbewegung* ſteigen wieder. Und nun drehen ſogar viele Herolde des Militärpatriotismus, die in dieſen vergangenen Jahren in deſſen Dienſt ihre Trompeten bliesen, den Mantel nach dieſem neuen Friedenswind und entlocken ihrem Inſtrument, ſo gut es gehen will, Friedenstöne. Aber da ſind wir nun Zeugen einer neuen Erbärmlichkeit. Wenn man nun im Zeichen der neuen Konjunktur Fürſprecher der Sache des Friedens wird, ſo tut man das nicht ohne einen verächtlichen Fußtritt für die „Pazifiſten", um von den „Antimiliteriſten", dieſen traurigen Menſchen, die radikal für den Frieden und gegen den Krieg ſind, zu ſchweigen. Man kann ſie nicht dumm genug darſtellen. Es iſt ſelbſtverſtändlich, daß ihre Stellung aus Oberflächlichkeit, falſchem Optimismus oder weltfremder Schwärmerei entſtanden iſt. Selber iſt man natürlich ungleich tiefer. Man geht ſo tief, daß man beileibe nicht ein Wörtlein gegen unſere ſchweizeriſche Militärherrlichkeit oder gar gegen die „bewaffnete" Neutralität zu äußern wagte. Man zeigt mit großer Deutlichkeit, daß von dieſer tieferen Friedensbewegung niemand etwas Ernſtliches zu befürchten hätte. Auch im milderen Falle betrachtet man diejenigen, welche in dieſer Sache gedacht, gearbeitet, gekämpft und ihre Haut zu Markte getragen haben, als „belaſtet". Sie ſelbſt, die freilich ſehr Unbelaſteten, werden es nun machen; ſie ſind die wahren Streiter des Friedens, indem ſie ihre Schwerter ſchön mit Watte umwickeln; ſie werden die Kunſt üben, den Pelz zu waſchen, ohne ihn naß zu machen.

Ein Muſter dieſes Verhaltens hat die kürzlich in St. Gallen ſtattgefundene *Verſammlung des ſchweizeriſchen Lehrervereins* geleiſtet. Ihre durch und durch militärfromme und gouvernementale Leitung (welche von ferne nicht die Geſinnung eines großen und wertvollen Teiles der Lehrerſchaft repräſentiert) hielt es offenbar für angezeigt, daß im Angeſicht der Sachlage und Volksſtimmung eine Friedensgebärde gemacht werde. Sie berief zu dieſem Zwecke einen Referenten, von dem ſie ſicher zu ſein glaubte, daß die Sache durch ihn nicht gefährlich werde. Und dieſe Aufgabe hat *Profeſſor Thürer* von der St. Galler Handelshochſchule offenbar ſo gelöſt, wie es dieſer Abſicht entſprach.[1]) Sein immer neu in rethoriſche Floskeln eingehülltes und mit Verbeugungen gegen Heer und Neutralität verziertes Bekenntnis zum Frieden iſt verbunden mit einer Verächtlichmachung der bisherigen Friedensbewegung, die höchſtens durch deren völlige Unkenntnis zu entſchuldigen wäre, falls es eine Entſchuldigung iſt, wenn man eine Sache, die man nicht kennt, der Geringſchätzung ſolcher preisgibt, welche ſie auch nicht kennen. Wer als ſolcher Thürer hörte, konnte auf die Vermutung kommen, die Pazifiſten hätten ihren Kampf im weſentlichen darauf konzentriert, das Spielen der Kinder mit Bleiſoldaten zu verhindern. Nicht weniger

[1]) Der Vortrag iſt in der „Schweizeriſchen Lehrerzeitung" erſchienen.

blöde und unwahr als dieſes Mätzchen iſt die Meinung, wir Befürworter des Anſchluſſes an die Weltföderation wollten die Schweiz als Heizmaterial für die Lokomotive des neuen Völkerbundes benutzen. Dabei eine völlige Abweſenheit gediegener, eigener Gedanken für die Schaffung des Friedens. Solchen und ähnlichen Methoden gegenüber, den bisherigen Pazifismus und Antimilitarismus zu behandeln, iſt feſtzuſtellen. Einmal: Sie beruhen meiſtens, wie ſicher im Fall Thürer, auf völliger Unwiſſenheit über den bisherigen Verlauf der Friedensbewegung und dazu auf der Angſt, ſich durch eine Berührung damit zu kompromittieren. Sodann: Es tritt bei dieſen neuen Friedensadvokaten auch nicht *ein* Gedanke hervor, der in der bisherigen Bewegung nicht gründlich und energiſch vertreten worden wäre, im Gegenteil: wertvolles Gedankengut wird durch Plunder erſetzt. Ich meine natürlich nicht, daß die Friedensbewegung nicht nötig hätte, ſich ſtets neu zu beſinnen und zu geſtalten, Fehler abzulegen, tiefer zu gründen, neue Erkenntnis zu gewinnen, aber dieſe Art, ihr zu begegnen, iſt nicht ein Fortſchritt, ſondern, wie geſagt, bloß eine Erbärmlichkeit.

Nicht weniger erbärmlich iſt die Art, wie gewiſſe *kirchliche* und *fromme* Kreiſe immer wieder die Friedensbewegung verleumden, indem ſie dieſelbe als eine nicht an Gott und Chriſtus orientierte Sache darſtellen und namentlich den Völkerbund als Bau des Turmes von Babel lächerlich machen. Als ob die Begründer des Völkerbundes nicht an wirklicher Gottesfurcht und lebendigem Gottvertrauen dieſe Zionswächter ohne Zion hundertfach überboten hätten.[1]) Vor mir liegt eine vom Zwingli-Verlag herausgegebene „Handreichung für Religionsunterricht und Kinderlehre", worin ein Pfarrer Hans Schädelin von Limpach die Geſchichte vom Turmbau zu Babel für eine ſolche fromme Verleumdung der Arbeit am Völkerbund benutzt. Damit vergleiche man ein Wort *Blumhardts*, eines Mannes, der doch wohl etwas mehr vom Schaffen mit Gott und ohne Gott verſtand, bei Anlaß der vom ruſſiſchen Zaren (auf das Drängen des tief frommen Herbert Stead) einberufenen erſten Friedenskonferenz im Haag geſprochen hat:

„Wir können doch in unſerer Zeit ein wenig Mut faſſen; denn wir merken doch, daß der Sinn Jeſu Chriſti über die Völker geht in gegenwärtiger Zeit. Es iſt ein Jeſus-Regiment da zur Ehre Gottes. Und ich bitte Euch: Spottet nicht! Wie viele Leute werden beten, wenn im Januar der Friedenskongreß zuſammentreten ſoll? Ich ſage es euch: Ich bin ſehr verwundert von unſeren chriſtlichen Zeitungen, die nichts als Spott haben über das Wort des Zaren. Zu was ſind wir denn Chriſten? „Friede" iſt geſagt und Friede kommt bloß von Gott, du Menſch aber mußt dafür beten, und wenn du nicht dafür beteſt, ſo biſt du ein Satan! Spottet nur — ihr ſpottet über den Heiland! Darum tut Buße und glaubt an das Evangelium! Gott gebe, daß wir es tun dürfen und daß wir mit feinem und zartem Sinn die heutige Zeit betrachten und die Zeichen der Zeit merken."

---

[1]) Man vergleiche bloß die in dieſem Hefte Seite 569 abgedruckte Aeußerung Rooſevelts.

Daß ſich unter uns aber ein neuer radikaler Pazifismus erhebt, beweiſt u. a. ein Aufſatz des Profeſſors für Philologie in Lauſanne, André *Bonnard*, in „La Suisse contemporaine" (Nr. 9), der die Erſetzung des Heeres durch einen Zivildienſt verlangt. Es tagt dennoch!

* * *

Im übrigen iſt es der Kampf um die *ſoziale Umgeſtaltung*, welcher ein weiteres weſentliches Thema der heutigen Schweiz bleibt. Auf ſie hat neben den Streikbewegungen die Debatte über die Wirtſchaftsartikel, von denen wir im letzten Hefte berichtet haben, ein deutliches Licht geworfen. An dieſer Debatte wurde eins klar: Es fehlt uns an einer Bewegung und Organiſation, welche energiſch ein Programm der ſozialen Umgeſtaltung der Schweiz verträte, ſo wie es nun beſonders in England und Frankreich vorgeſchlagen und in der Verwirklichung begriffen, aber auch in dem ſozialdemokratiſchen Programm für eine „Neue Schweiz" enthalten iſt. Die Schuld an dieſem Sachverhalt liegt offenbar in der Spaltung der ſozialiſtiſchen „Linken" in zwei Hauptrichtungen, die Sozialdemokratie und die Partei der Arbeit, wozu dann noch deren Trennung von einer nicht kleinen, äußerlich zum Bürgertum gehörigen Schicht kommt, welche für einen echten, lebendigen Sozialismus zu haben wäre. Es iſt doch eine arge Sache, daß eine dieſer Parteien ſich freut, wenn es in Genf zu einer Niederlage (oder beſſer: zu einem Nicht-Sieg) der Linken kommt, bloß weil das eine Niederlage (oder ein Nicht-Sieg) der andern Partei iſt. Dieſer Zuſtand muß überwunden werden. Es wird bei uns zu einer ähnlichen Zuſammenfaſſung kommen müſſen, wie ſie die neue Volksfront in Frankreich oder noch verheißungsvoller die Arbeiterpartei in England bildet. Eine Zeitlang glaubte wohl der Kommunismus für ſich allein die Volksmehrheit gewinnen, dann, auf Grund gewiſſer Wahlſiege, die Sozialdemokratie (als „demokratiſcher Sozialismus") allein das Feld behaupten zu können, aber nun zeigt die allgemeine Entwicklung deutlich, daß nur eine Vereinigung dieſer beiden Hauptſtröme den Sozialismus in die Zukunft und zum Siege tragen wird. Wozu freilich noch einiges andere nötig iſt![1])

---

[1]) Der letzte Parteitag der „Partei der Arbeit", der kürzlich in Bern ſtattfand, hat einſtimmig folgende Reſolution angenommen:

1. Die Partei der Arbeit tritt für die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei ein, welche alle Anhänger des Sozialismus in ihren Reihen vereinigt. Durch die Fuſion der Sozialdemokratiſchen Partei mit der Partei der Arbeit kann raſch die Einheit der ſozialiſtiſchen Arbeiterbewegung verwirklicht werden. Eine einheitliche und große Arbeiterpartei könnte auf die Politik unſeres Landes maßgebenden Einfluß nehmen und mit Erfolg die politiſchen, wirtſchaftlichen und ſozialen Intereſſen des arbeitenden Volkes wahren.
2. Zur Förderung der Einheit der ſozialiſtiſchen Arbeiterbewegung ermächtigt der Parteitag den Parteivorſtand der Partei der Arbeit der Schweiz, mit der

Zu der Abſtimmung über den *Familienſchutz*, die zur Zeit des Erſcheinens dieſes Heftes ſtattfindet, ſei nur dies bemerkt: Mir iſt perſönlich daran dreierlei zuwider: einmal, daß die Initiative dafür einen Teil der ſog. katholiſchen Aktion gebildet hat, die weſentlich auf eine Stärkung der *Macht* der katholiſchen Kirche aus iſt, ſodann daß ſie eine oberflächliche Beurteilung des Problems der Familie fördert, und endlich, daß ſie imſtande iſt, die Einſicht in die Notwendigkeit der Altersverſicherung wie der Lohnerhöhungen abzuſchwächen. Da nun aber das von der Initiative weſentlich abweichende Geſetz vorhanden iſt, mit allerlei guten Beſtandteilen: Kinderzulagen, Mutterſchaftsverſicherung, Maßregeln für die Verbeſſerung der Wohnverhältniſſe, ſo wird es richtig ſein, dafür zu ſtimmen, da eine Verwerfung üblere Folgen haben könnte als die Annahme.

Zu einer politiſch-ſozialen Umgeſtaltung unſeres Volkes gehört auch notwendig die Einordnung der *Frau* als eines gleichberechtigten Elementes in das ganze Leben des Volkes, auch das politiſche. Auch das beginnt man endlich ein wenig zu begreifen.[1]) Aber nun beginnt jenes ſchon das letzte Mal erörterte Manöver, daß man dieſe Entwicklung zu lähmen verſucht, indem man der Frau einige untergeordnete Rechte einräumen will, um ſie von den übergeordneten abzuhalten. Ich habe die Frauen das letzte Mal, und auch ſchon früher, davor gewarnt, ſich durch dieſen Köder angeln zu laſſen. Aber man muß ſie auch davor warnen, ſich ihr Recht durch ein Wohlverhalten in den Augen unſerer Mächtigen oder gar durch unwahre Huldigungen zu erkaufen. Eine ſolche iſt es, wenn der Bund ſchweizeriſcher Frauenvereine auf ſeiner Tagung in Bern dem Bundesrat den „Dank der Schweizer Frauen für ſeine feſte (!), zielbewußte (!) Haltung" ausſpricht, „durch die unſer Land unverſehrt hervorging aus den Erſchütterungen der letzten

---

Sozialdemokratiſchen Partei in Verhandlungen einzutreten, falls ſie erklärt, daß ſie ebenfalls die Einheit der ſozialiſtiſchen Arbeiterbewegung erſtrebt und durch die Verſchmelzung der beiden Parteien eine einheitliche und große ſozialiſtiſche Arbeiterpartei zu ſchaffen bereit iſt, welche allen ihren Mitgliedern gleiche Rechte gewährt und die innerparteiliche Demokratie verbürgt. In dieſem Zuſammenhang verweiſt der Parteitag auf die erfreuliche Entwicklung der Partei der Arbeit der Schweiz, insbeſondere der kantonalen Parteien von Zürich, Genf, der Waadt, von Baſel, Bern, Luzern und des Teſſin. Er beglückwünſcht die erwähnten kantonalen Parteien zu ihren bisherigen Erfolgen. Dieſe Entwicklung der Partei der Arbeit hat weſentlich zur Verſtärkung des politiſchen Einfluſſes der ſozialiſtiſchen Arbeiterbewegung beigetragen. Der Parteitag fordert die übrigen kantonalen Parteien auf, durch eine Politik energiſcher Wahrung der Inntereſſen des arbeitenden Volkes und durch eine intenſive Mitgliederwerbung mit der allgemeinen Entwicklung der Partei Schritt zu halten. Die weitere Entwicklung der Partei der Arbeit zu einer wirklichen Maſſenpartei des arbeitenden Volkes iſt eine unerläßliche Voraussetzung für die Förderung und Beſchleunigung der Einheit der ſozialiſtiſchen Arbeiterbewegung unſeres Landes.

[1]) Auch die katholiſche Kirche gibt offiziell ihren Widerſtand dagegen auf.

Jahre" (Vide 1940!). Durch ſolche Akte gewinnen die Frauen ihre Gegner nicht, wohl aber laufen ſie Gefahr, damit ihre Freunde zu verlieren.

* * *

Noch tiefer aus der ſozialen in die geiſtige Sphäre führt uns eine letzte Bemerkung. Wenn ich mich nicht täuſche — ich möchte mich aber gern täuſchen — nimmt bei uns die Peſt des *Antiſemitismus* zu. Es iſt, wie wenn eine Krankheit, die im eigentlichen Seuchenherd faſt erloſchen iſt, auf einmal in einem neuen Bezirke auftritt und ſich ausbreitet. Beſonders ſcheint, wie ich ſchon früher einmal bemerkt habe, ein gewiſſer *Katholizismus* von dieſem Peſtbazillus infiziert zu ſein.[1]) So erklärt neuerdings (ich zitiere nach dem „Israelitiſchen Wochenblatt") ein Pfarrer Robert Mäder im Wochenblatt: „Das Neue Volk" am Schluß einer Erörterung der Unſterblichkeit der Seele, deren Leugnung er den Juden vorwirft:

„Menſch oder Tier — Chriſt oder Jude, das iſt die Frage. Wir entſcheiden uns für den Menſchen gegen das Tier, für den Chriſten gegen den Juden."

Daß man ſo etwas, nach dem Untergang des Hitlertums, in einem ſchweizeriſchen Blatte leſen muß, iſt ſchlechterdings unerhört. Der Katholizismus wird ſich ſehr verrechnen, wenn er im Dienſte der Reaktion aus dem Judenhaß Gewinn zu ziehen erwartet. Dieſe Peſt könnte ſich leicht, wie ſie in Deutſchland und Oeſterreich getan hat, verheerend gegen ihn ſelber wenden. Aber wir werden uns ſobald als möglich auch mit einer um einen Grad feineren Form des Antiſemitismus (oder eigentlich Antijudaismus) auf *proteſtantiſchem* Boden beſchäftigen, wo ſie ebenfalls, bewußt oder unbewußt, der Reaktion dient. Sie kann ſich dort auf Luther berufen, aber nicht auf Zwingli und Calvin. Was aber die Schweiz als Schweiz betrifft, ſo hätte es wenig Sinn, immer wieder von der „Säuberung", das heißt der Entfernung der nationalſozialiſtiſchen Deutſchen aus der Schweiz zu reden und das Hauptſtück des Hitlertums bei uns zu pflegen, wenn nicht gar neu einzuführen. Caveant consules!

Die Geſchichte der Sache Chriſti [2])

Da ich keinem Freund zumuten darf, in der Eile ein neues Buch von mir zu beſprechen, das für Weihnachten wieder etwas ſpät erſcheint, ſo greife ich abermals zu dem Mittel einer vorläufigen Selbſtanzeige, in der Hoffnung, daß dann in nicht zu ferner Zeit eine wirkliche Beſprechung aus einer andern Feder folgen werde.

---

[1]) Es zeigt ſich das auch anderwärts, vor allem in den Vereinigten Staaten, in Nordafrika und Aegypten, aber auch in Polen, der Slowakei und Ungarn.

[2]) *Leonhard Ragaz:* „Die Geſchichte der Sache Chriſti — ein Verſuch." Verlag Herbert Lang, Bern.